

Energie-Control Austria									
Posteingangsnr.									
Eingelangt 16. Dez. 2025									
Aktenzahl									
VST	FO	RA	Strom	Tarife	VW	GAS	ÖKO	STR	
Original:					Kopie:				



Wirtschaftspolitik, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: +43 512 5340-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

E-Control
zH Prof. DI Dr. Alfons Haber, MBA und
Univ. Prof. Dr. Wolfgang Urbantschitsch, LL.M
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

G.-Zl.: WP-IN-2025/9285/LADO/AD
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Dominic Lamprecht, MSc BA BSc BA DW: 1458

Innsbruck, 05.12.2025

Betrifft: Ersuchen der Arbeiterkammer Tirol um eine Übergangsfrist beim Entfall
des Doppeltarifs in der SNE-VO 2018 – Novelle 2026

Sehr geehrter Herr Dr. Haber,
sehr geehrter Herr Dr. Urbantschitsch,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol (AK Tirol) nimmt Bezug auf den Entfall des Tarifs „nicht gemessene Leistung, Doppeltarif (HT/NT)“ im Entwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – Novelle 2026. Wir möchten vorweg ausdrücklich darauf hinweisen, dass die AK Tirol selbst im Rahmen der Begutachtung keine eigene Stellungnahme bei der E-Control eingebracht hat, sondern durch die Bundesarbeitskammer vertreten wurde. In der von der BAK übermittelte Stellungnahme wurde das für Tirol zentrale Thema der Abschaffung des Doppeltarifs jedoch nicht aufgegriffen.

Da die Begutachtungsfrist am 14. November 2025 abgelaufen ist, erlauben wir uns, nun außerhalb des formalen Begutachtungsverfahrens nochmals direkt an Sie als Vorstand der E-Control heranzutreten und mit Nachdruck auf die aus unserer Sicht dringend notwendige Berücksichtigung einer Übergangsfrist vor Abschaffung des Doppeltarifs (HAT/NT) hinzuweisen. Wir ersuchen die Regulierungsbehörde, die besonderen Gegebenheiten in Tirol und anderen betroffenen Regionen erneut zu prüfen und eine Übergangsfrist von mindestens fünf Jahren vorzusehen.

A. Regionale Betroffenheit und finanzielle Auswirkungen

Der Entfall des Doppeltarifs betrifft in Tirol rund 15.000 Zählpunkte. Für einen beträchtlichen Teil dieser Haushalte ergibt sich aus dem bisherigen Tarifmodell ein relevanter finanzieller Vorteil, da der Niedertarif aktuell rund 19 Prozent unter dem allgemeinen Netztarif liegt, während der Hochtarif etwa vier Prozent über diesem Niveau liegt. Typische Haushalte in Tirol weisen laut Angaben der TINETZ einen Niedertarifanteil von etwa 25 bis 30 % auf. Bei elektrisch beheizten Haushalten, die im Bundesland Tirol überdurchschnittlich häufig vorkommen, fällt in den Nachtstunden aufgrund der Ladezyklen von Speicherheizungen oft das Zwei- bis Dreifache der Strommenge im Vergleich zu den Tagstunden an. Ein ersatzloser Wegfall des Doppeltarifs würde daher unmittelbar zu spürbaren Mehrkosten für diese Kund:innen führen und die ohnehin stark gestiegenen Energiekosten weiter belasten.

B. Verbraucherrechtlicher Hinweis

Der Entfall des Doppeltarifs bedeutet für die betroffenen Kund:innen eine wesentliche Vertragsänderung, die nur unter Wahrung ausreichender Informations- und Vorlauf-fristen zumutbar ist. Ohne eine angemessene Übergangsfrist wären viele Haushalte mit einer faktischen Zwangsumstellung konfrontiert, die erheblich in bestehende Vertragsverhältnisse eingreift und ein rechtliches Spannungsfeld mit zivilrechtlichen Verpflichtungen des Netzanbieters eröffnet. Eine ausreichend lange Übergangsfrist ist daher auch aus verbraucherrechtlicher Sicht notwendig, um Transparenz, Planungssicherheit und Fairness zu gewährleisten.

C. Technische Herausforderungen bei einem unmittelbaren Entfall

Neben den finanziellen Auswirkungen müssen auch die technischen Voraussetzungen berücksichtigt werden. Die TINETZ hat darauf hingewiesen, dass in zahlreichen Kundenanlagen umfassende Adaptierungen notwendig werden, um eine Umstellung auf ein anderes Tarifmodell überhaupt zu ermöglichen. Besonders betroffen sind jene Anlagen, in denen Heizsysteme oder Warmwasseraufbereitungen bislang überwiegend in den Nachtstunden betrieben wurden. Diese Systeme sind vielfach auf die bisherige Tarifstruktur abgestimmt, sodass durch den Wegfall des Doppeltarifs technische Anpassungen erforderlich werden, die mit erheblichem Aufwand verbunden sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass bei rund einem Drittel der betroffenen Kund:innen die grundlegenden baulichen und sicherheitstechnischen Voraussetzungen für den Einbau eines intelligenten Messgeräts fehlen. In vielen älteren Gebäuden entsprechen die Zählerplätze nicht den geltenden Vorgaben, sodass vor einer Umstellung

erst umfangreiche bauliche Vorarbeiten durchgeführt werden müssen. Die TINETZ weist ausdrücklich darauf hin, dass der Umbau der Anlagen mit erheblichem zeitlichen Aufwand verbunden ist und keinesfalls kurzfristig, geschweige denn flächendeckend in wenigen Monaten bewältigt werden kann.

Die erforderlichen Arbeiten betreffen sowohl die Kundenanlagen als auch die technischen Einrichtungen des Netzbetreibers. Ohne ausreichenden zeitlichen Vorlauf würde die notwendige Koordination zwischen Haushalten, Elektrikern und Netzbetreiber zu erheblichen praktischen Schwierigkeiten und unverhältnismäßigen Belastungen für die betroffenen Haushalte führen. Dies unterstreicht aus Sicht der AK Tirol nochmals die Notwendigkeit einer angemessenen und langfristigen Übergangsfrist.

D. Sozial besonders betroffene Gruppen

Ein besonders eindrückliches Beispiel ist die Völser Seesiedlung. Aufgrund raumordnungsrechtlicher Vorgaben dürfen die Bewohner:innen dieser Siedlung seit den 1970-er Jahren ausschließlich elektrisch heizen, da Verbrennungsheizungen dort untersagt sind. Die dort verwendeten Nachtspeicherheizungen und elektrischen Warmwasseraufbereitungen verursachen ihren Hauptenergiebedarf naturgemäß in den Nachtstunden. Der Niedertarif trägt seit Jahrzehnten wesentlich dazu bei, diesen rein elektrischen Heizbetrieb finanziell tragbar zu halten. Da diese Haushalte keine Alternative zu einem elektrischen Heizsystem haben, wären sie von einem abrupten Wegfall des Doppeltarifs besonders stark und unmittelbar betroffen. Eine Heizungsumstellung auf eine Wärmepumpe würde einen Komplettumbau des gesamten Heizsystems notwendig machen. Dies wäre mit umfangreichen baulichen Maßnahmen verbunden, die einen hohen finanziellen Investitionsaufwand erfordern und eine längere Vorlaufzeit benötigen. Die TIWAG bietet für diese Haushalte sogar einen eigenen Energie-Tarif (Völsersee-Tarif) an.

E. Netzdienliche Argumente für eine schrittweise Umsetzung

Der Doppeltarif erfüllt zudem eine funktionale Rolle im Lastmanagement. Die Niedertarifzeiten tragen dazu bei, Stromverbrauch in die netzschwachen Nachtstunden zu verlagern und damit die Tagesspitzen zu reduzieren. Ein sofortiges Ende dieses Preissignals würde insbesondere bei Speicherheizungen zu einer Rückverlagerung des Verbrauchs in die ohnehin stärker belasteten Tagesstunden führen. Dies würde die Netzspitzen erhöhen und den Ausbau- und Verstärkungsbedarf im Winter zusätzlich verschärfen. Eine schrittweise Anpassung oder alternative zeitliche Tarifmodelle wären aus Sicht der Netzstabilität daher sinnvoller als ein abruptes Ende.

F. Erfordernis einer Übergangsfrist von mindestens fünf Jahren

Vor dem Hintergrund dieser sozialen, finanziellen, technischen und netzseitigen Aspekte hält die Arbeiterkammer Tirol eine Übergangsfrist von mindestens fünf Jahren für unverzichtbar. Ein solcher Zeitraum würde es den betroffenen Haushalten ermöglichen, notwendige technische Anpassungen vorzunehmen, die Umstellung finanziell planbar zu gestalten und gegebenenfalls auf effizientere Systeme umzusteigen. Gleichzeitig würde der Netzbetreiber ausreichend Zeit erhalten, die technischen Voraussetzungen für eine geordnete Umstellung zu schaffen.

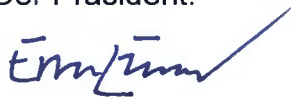
Eine Übergangsfrist dieser Länge setzt zudem voraus, dass die Netzbetreiber aktiv dazu angehalten werden, diesen Zeitraum für die technische Vorbereitung zu nutzen. Dazu gehört insbesondere, die betroffenen Haushalte frühzeitig und verständlich zu informieren, welche Umstellungen in den kommenden Jahren notwendig werden und welche technischen Optionen bestehen. Nur durch eine geordnete Umsetzung auf Seiten der Netzbetreiber und eine rechtzeitige Information der Kund:innen kann die Übergangszeit ihren Zweck erfüllen. Darüber hinaus würde eine ausreichend lange Übergangsfrist soziale Härtefälle vermeiden und die Netzstabilität während der Umstellungsphase sichern.

G. Schlussbemerkung

Die AK Tirol ersucht Sie als Vorstand der E-Control sowie die Regulierungskommission daher eindringlich, die regionalen Besonderheiten und die erheblichen praktischen Auswirkungen des Tarifentfalls erneut zu prüfen und bei der Umsetzung der SNE-VO 2018 – Novelle 2026 eine Übergangsfrist von mindestens fünf Jahren vorzusehen. Wir stehen für ein weiterführendes Gespräch jederzeit zur Verfügung und bedanken uns im Voraus für die Prüfung unseres Anliegens.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner

Beilage:

Stellungnahme der AK Tirol zur SNE-VO-Novelle 2026 an
die Bundesarbeitskammer vom 05.11.2025



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Grundlagenarbeit, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22-1155
grundlagenarbeit@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

BUNDESARBEITSKAMMER
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: GLA-2025/140/MAFL
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Mag. Flür, Lamprecht MSc, Dr. Rief DW: 1153

Innsbruck, 05.11.2025

Betrifft: Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – Novelle 2026 (SNE-V
2018 – Novelle 2026

Bezug: Ihr Schreiben vom 21.10.2025
Zust. Referentin: Joel TÖLGYES

Werte Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeiterkammer Tirol bedankt sich für die Möglichkeit, zum oben angeführten
Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen.

Die vorliegende Novelle sieht eine Erhöhung der Systemnutzungsentgelte für den
Strombezug ab 01. Jänner 2026 vor. Dadurch kommt es in Tirol zu einer Steigerung
des Netznutzungsentgelts in Höhe von 14,4 %. Gleichzeitig sinken die Netzverlust-
entgelte um etwa 38 %. Neben den Anpassungen beim Entgelt wird mit vorliegender
Novelle auch der Hoch- und Niedertarif abgeschafft und an dessen Stelle ein
reduzierter Sommerarbeitspreis eingeführt.

Die angeführten Änderungen haben verschiedene Konsequenzen, auf welche wir
nachfolgend im Detail hinweisen möchten:

A) Energiewirtschaftlicher Kontext

Die Anpassung der Systemnutzungsentgelte findet in einem energiewirtschaftlich
und sozial herausfordernden Umfeld statt. Der steigende Investitionsbedarf im
Netzbereich, die technische Umstellung auf dezentrale Einspeisung, neue

Flexibilitätsanforderungen durch Energiegemeinschaften sowie der rasche Ausbau der Photovoltaik und Windkraft führen zu deutlich höheren Kosten für Netzbetreiber. Diese Entwicklungen spiegeln sich in den Systemnutzungsentgelten wider und bewirken bereits jetzt spürbare Mehrbelastungen für Haushalte.

Die Steigerung der Netzentgelte ist vor dem Hintergrund des notwendigen Netzausbaus zwar energiewirtschaftlich nachvollziehbar, steht jedoch einer leistbaren Stromversorgung für Konsument:innen diametral entgegen. Gerade einkommensschwächere Haushalte geraten dadurch zunehmend unter Druck.

Zudem wirkt die weiterhin hohe Inflation belastend, die wesentlich auf die stark gestiegenen Energiepreise infolge der Energiekrise 2022 zurückzuführen ist. Für das Jahr 2025 rechnen führende Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von rund 3,5 %. Dahingehend hat die Arbeiterkammer Tirol bereits im Vorjahr gefordert, Gebühren und Abgaben im Energiebereich nicht zu erhöhen oder auszusetzen, um Haushalte finanziell zu entlasten und die Kaufkraft zu stabilisieren.

Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass die aktuelle Ausgestaltung der Systemnutzungsentgelte-Verordnung vorsieht, dass Erzeuger ausschließlich Beiträge zu den Netzverlust- und Systemdienstleistungsentgelten leisten, nicht jedoch zu den eigentlichen Netznutzungsentgelten, mit denen die Investitions- und Instandhaltungskosten der Netzinfrastruktur gedeckt werden. Da die Netzverlustkosten 2026 österreichweit um rund 8 % sinken, verringert sich der ohnehin geringe Erzeugerbeitrag zum Gesamtsystemnutzungsentgelt weiter, während die Finanzierung der Netzinfrastruktur weiterhin nahezu ausschließlich von den Endverbraucher:innen getragen wird. Aus Sicht der AK Tirol besteht hier ein strukturelles Ungleichgewicht. Die AK Tirol fordert daher, die Beteiligung von Stromerzeugern an den Netzkosten künftig breiter zu fassen und einen verursachungsgerechten Beitrag zu Netzinvestitionen und Netzausbaukosten vorzusehen, um die Kostenlast zwischen Erzeugern und Verbraucher:innen fairer zu verteilen.

B) Reduzierter Sommerarbeitspreis

Der reduzierte Sommerarbeitspreis kommt erstmalig zum Tragen. Der Rabatt kommt im Zeitraum vom 01. April bis 30. September zwischen 10 und 16 Uhr für Kund:innen auf Netzebene 7 zum Einsatz und soll – wie in den Erläuternden Bemerkungen festgehalten – netzdienliches Verhalten fördern, indem die

Stromnutzung zu Zeiten mit starken Einspeisungsspitzen Strom genutzt wird. Wenngleich dieser Ansatz grundsätzlich aus Sicht der Netzbetreiber positiv zu bewerten ist, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ein Großteil der Arbeitnehmer:innen zu diesem Zeitpunkt arbeitet und diesen Stromrabatt kaum nützen kann. Weiters verfügen viele Haushalte derzeit noch nicht über „smarte“ Geräte oder Steuerungssysteme, um den Verbrauch gezielt in das RSAP-Zeitfenster zu verlagern. Darüber hinaus ist es insbesondere in Tirol so, dass ein Großteil des Jahresstromverbrauchs im Winter anfällt, da hier erhöhter Strombedarf für die Heizung sowie das Licht anfällt und auch generell die Aufenthaltszeit in Innenräumen länger ist als im Sommer. Wird angenommen, dass etwa 15 % des jährlichen Stromverbrauchs in dieses Zeitfenster fallen, so ergibt sich bei einem Stromverbrauch von 5.500 kWh bei einem Haushalt im Netz der TINETZ eine Ersparnis von etwa 13,50 Euro pro Jahr gegenüber einem gleichbleibenden Netznutzungsentgelt. Im Netz der IKB für die Stadt Innsbruck ergibt sich eine Ersparnis von etwa 16 Euro jährlich. Je mehr Strom im Winter oder zu Tagesrandzeiten verbraucht wird, desto geringer ist die Ersparnis durch den Rabatt. Unter Berücksichtigung des reduzierten Arbeitspreises für etwa 15 % des jährlichen Verbrauchs sowie der Senkung der Netzverlustentgelte ergibt sich dennoch eine Steigerung der Netzkosten insgesamt im Netzgebiet Tirol um etwa 7,4 % bzw. 39 Euro brutto gegenüber 2025. Der Entlastungseffekt für Haushalte bleibt daher gering.

Entscheidend ist jedenfalls, dass Bewusstsein für diese Maßnahme geschaffen und ihre Wirksamkeit regelmäßig evaluiert wird. Insbesondere solle auch dahingehend evaluiert werden, welcher Kund:innenkreis von diesem reduzierten Sommerarbeitspreis in Besonderen profitiert, da neben Endkund:innen auch kleine Gewerbebetriebe an der Netzebene 7 angedockt sind. Da diese bereits heute den Großteil ihres Stroms tagsüber – also zwischen 10 und 16 Uhr – beziehen und somit ohne eigenes Zutun in das begünstigte Zeitfenster fallen. Für sie entsteht daher kaum zusätzlicher Anreiz, ihr Verhalten netzdienlicher zu gestalten.

In Summe zeigt sich: Während größere Verbraucher und Betriebe von der Regelung finanziell profitieren, wird die beabsichtigte Lenkungswirkung bei Haushalten kaum erreicht. Aus Sicht der AK Tirol liegt hier eine implizite betriebliche Begünstigung vor, die im Rahmen der Evaluierung sozial differenziert zu prüfen ist.

Nicht zuletzt bedarf es einer gesonderten Information bzw. Ausweisung des reduzierten Sommer-Arbeitspreises (RSAP) auf der Rechnung, sodass die Berechnung für Endkund:innen nachvollziehbar ist.

C) Messdatenerfassung und Smart-Meter-Konfiguration

Voraussetzung für die Anwendung des RSAP-Tarifs ist die zeitliche Zuordnung des Stromverbrauchs. Nach der Intelligente-Messgeräte-Einführungsverordnung (IME-VO) erfolgt die Datenübertragung standardmäßig einmal täglich; eine viertelstündliche Messwertübertragung ist grundsätzlich nur nach Opt-in-Bestätigung durch Kund:innen vorgesehen.

Die Erläuternden Bemerkungen zur SNE-V-Novelle 2026 halten jedoch ausdrücklich fest: „Ein gesonderter Antrag durch die Entnehmer ist nicht erforderlich, sobald der Netzbetreiber über die nötigen Daten verfügt.“ Daraus ergibt sich, dass ein aktives Opt-in nicht Voraussetzung sein darf, um vom reduzierten Sommerarbeitspreis (RSAP) zu profitieren – sofern der Netzbetreiber über die erforderlichen Messdaten verfügt oder diese technisch ableiten kann. In Tirol ist dies bereits gegeben, denn die im Netzgebiet eingesetzten Smart Meter verfügen über die technischen Voraussetzungen, das RSAP-Zeitfenster auch in der Standardeinstellung mit täglicher Datenübermittlung korrekt abzubilden. Ein zusätzliches Opt-in ist daher nicht erforderlich. Eine verpflichtende Opt-in-Regelung wäre unverhältnismäßig, würde die Teilnahmequote verringern und insbesondere Haushalte mit geringerer digitaler Kompetenz benachteiligen.

D) Harmonisierung der Arbeitspreise und Wegfall der Hoch-/Niedertarifzeiten

Der Verordnungsentwurf sieht neben der Einführung des zeitabhängigen Netznutzungsentgelts auch eine Harmonisierung der Arbeitspreise vor. Damit verbunden ist der Wegfall der bisherigen Hoch- und Niedertarifzeiten (Tag-/Nachtarif). Ziel ist es, die Tarifstruktur zu vereinfachen und bundesweit zu vereinheitlichen. Im Netzgebiet der TINETZ betrifft die Abschaffung des Doppeltarifs rund 15.000 Zählpunkte. Der bisherige Tarif sah einen um 4 % höheren Hochtarif (HT) und einen um 19 % günstigeren Niedertarif (NT) gegenüber dem allgemeinen Einzeltarif vor. Schon ab einem Niedertarifanteil von etwa 22 % war der Doppeltarif wirtschaftlich günstiger. Typische Haushalte mit 25–30 % Nachtverbrauch profitierten somit regelmäßig, insbesondere bei elektrischen Heizsystemen (z. B. Nachtspeicherheizungen) oder Warmwasseraufbereitung über Nacht. Ein Haushalt mit rund 16.000 kWh Jahresverbrauch, der elektrische Warmwasseraufbereitung und eine Nachtspeicherheizung nutzt, erzielte im bisherigen Doppeltarifmodell eine Ersparnis von über 100 Euro pro Jahr gegenüber dem Einzeltarif. Mit der Harmonisierung entfällt dieser Vorteil vollständig. Gerade diese Haushalte werden künftig deutlich höhere Netzentgelte zahlen müssen, ohne dass sie ihren Verbrauch

realistisch verlagern können. Damit entfällt auch eine wichtige Möglichkeit, steuerbare Anwendungen in kostengünstige Zeiten zu verschieben. Der neue RSAP-Tarif (Sommerarbeitspreis) kann diesen Nachteil nicht kompensieren.

Da diese Änderung somit wesentliche Auswirkungen auf die betroffenen Kundengruppen hat, ist eine geordnete Überführung in ein alternatives Tarifmodell erforderlich. Die AK Tirol spricht sich daher für eine Beibehaltung des Doppeltarifs und des unterbrechbaren Tarifs aus – zumindest im Rahmen einer mindestens 5jährigen Übergangsfrist mit verpflichtender Vorankündigung, um eine sozial verträgliche und technisch umsetzbare Umstellung zu gewährleisten. Eine derart lange Frist ist notwendig, um sprunghafte Netzkostensteigerungen ab 1. Jänner 2026 zu vermeiden und den betroffenen Haushalten sowie Gemeinden ausreichend Zeit zu geben, technische Anpassungen in ihren Anlagen vorzunehmen. Gerade bei steuerbaren Verbrauchseinrichtungen wie Warmwasseraufbereitung oder elektrischen Heizsystemen sind entsprechende Adaptierungen mit finanziellem und organisatorischem Aufwand verbunden und erfordern eine realistische Übergangszeit.

Positiv hervorzuheben ist, dass etwa die IKB in Innsbruck bereits vorausschauend tariflich und technisch umgestellt hat: Dort erfolgt die elektrische Warmwasseraufbereitung im unterbrechbaren Tarif tagsüber, sodass Haushalte künftig zusätzlich vom RSAP-Tarif profitieren können. Dieses Beispiel zeigt, dass eine schrittweise, sozial verträgliche Umstellung möglich ist – wenn sie planbar und transparent erfolgt.

Eine Vereinheitlichung der Arbeitspreise ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie nicht zu einseitigen Belastungen bestimmter Haushalte führt und ausreichende Informations- und Übergangsmaßnahmen sichergestellt sind.

E) Netzverlustentgelte

Die Arbeiterkammer Tirol begrüßt, dass die Regulierungsbehörde die Stromerzeuger an den Netzverlustkosten zu 48 % beteiligt und die bereits seit zwei Jahren angewandte Berechnungsmethodik auf für das kommende Jahr beibehält.

F) Haushalte mit niedrigem Einkommen schützen

Die steigenden Netzentgelte stellen eine erhebliche Belastung von Haushalten mit niedrigem Einkommen dar. Vor diesem Hintergrund appelliert die Arbeiterkammer Tirol erneut an die Regulierungsbehörde auch eine soziale Komponente bei der

Ausgestaltung der Netzentgelte zu berücksichtigen. Die E-Control soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass gezielte Unterstützungsmaßnahmen (z. B. Sozialtarif oder Netzkostenzuschuss) eingeführt werden, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten.

Wir ersuchen höflich, unsere Argumente in der Stellungnahme der Bundesarbeitskammer zu berücksichtigen und verbleiben

mit kollegialen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner